



Fragen unserer Bürgerinitiative an die Spitzenkandidaten aus dem offenen Brief vom 10.03.2011:

1. **Welchen Standpunkt werden Sie persönlich in dieser Angelegenheit vertreten, wenn Sie nach der Landtagswahl politische Verantwortung (in der Landesregierung oder der Opposition) übernehmen?**
2. **Was haben Sie und die Gremien Ihrer Partei in der Vergangenheit getan, das geplante Anliegen zu verhindern?**
3. **Wie bewerten Sie den entstehenden Imageverlust für die Region Halle (Saale), wenn das geplante Anliegen in die Tat umgesetzt wird?**

Partei (alphabetisch)	Spitzenkandidat	Antworten
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Prof. Dr. Claudia Dalbert	<p>...Auch wir Grünen betrachten mit Besorgnis das geplante Vorhaben in unmittelbarer Nähe der Stadt Halle eine sog. Dickstoffversatzanlage zu errichten, mit unkalkulierbaren Risiken für Mensch, Natur und für die lokale Wirtschaft. Daher lassen Sie mich auch gleich konkret auf Ihre Fragen eingehen:</p> <p>Zu 1) Ich werde mich auch im Landtag weiterhin und ganz eindeutig für ein Verbot der geplanten Dickstoffversatzanlage einsetzen. Statt die BürgerInnen mit einem solchen Vorhaben einem hohen gesundheitlichen Risiko auszusetzen, wollen wir eine Verfüllung der Altbergschächte mit unbedenklichen Füllstoffen durchsetzen, die zwar kostenintensiver, dafür jedoch gesundheitlich ungefährlich wäre.</p> <p>Zu 2) Die Stadt Halle ist in diesem Fall leider nur beschränkt handlungsfähig. Dennoch haben wir im August vergangenen Jahres einen Antrag im Stadtrat eingebracht, mit dem wir uns klar gegen die Errichtung einer solchen Versatzanlage ausgesprochen haben: www.gruene-fraktion-halle.de/2010/08/23/antrag/gegen-die-geplante-sog-dickstoffversatzanlage-in-angersdorf/. Dieser Antrag wurde mit Modifizierungen beschlossen.</p> <p>Zu 3) Der entstehende Imageschaden wäre immens und neben den direkten gesundheitlichen und ökologischen Gefahren sowie dem zu erwartenden wirtschaftlichen Schaden -schon jetzt haben mehrere Firmen im Falle einer Genehmigung der Anlage die Verlagerung ihrer Standorte angekündigt- ein weiterer wichtiger Grund, dieses Bauvorhaben ganz klar abzulehnen...</p>



CDU	Dr. Reiner Haseloff	<p>Ihre Anfrage beantwortet Herr Minister Dr. Haseloff wie folgt: Denselben wie vor der Wahl: Wir werden alle denkbaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sehr sorgfältig prüfen. Vor allem geht es darum, ob das für die Einlagerung vorgesehene Material unter Sicherheitsaspekten geeignet ist. Vor dem Abschluss dieses Prüfprozesses werden keine Entscheidungen getroffen.</p>
DIE LINKE	Wulf Gallert	<p>...Ich möchte auf Ihre drei Fragen gern im Kontext eingehen, aus dem Sie hoffentlich meine Grundeinstellung erkennen können. Bitte sehen Sie mir nach, dass ich das Verfahren und den Rechtsrahmen betreffende Aussagen nicht treffen werde. Als Oppositionspolitiker habe ich kein Geologisches Landesamt oder Bergbehörden in der Hinterhand. Obwohl sich die Fachpolitiker meiner Fraktion redlich mühen, hat die Regierungsseite immer einen Informationsvorsprung. Wir versuchen diesen natürlich möglichst gering zu halten. Zu unseren Grundprinzipen gehört deshalb die Kontaktaufnahme und der Meinungs- und Informationsaustausch mit sich bildenden Bürgerinitiativen.</p> <p>Die ehemalige Kaligrube Teutschenthal und ihre Probleme sind den erfahrenen Parlamentariern nicht unbekannt. Sie haben in jeder der bisherigen 5 Wahlperioden des Landtages zu parlamentarischen Reaktionen geführt. Wie die Antwort der Landeregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Jahre 1991 ausweist, wurde schon die Privatisierung mit der Genehmigung eines Einlagerungsbetriebs von überwachungspflichtigen Abfällen (im Folgenden „Schadstoffe“ genannt) verknüpft.</p> <p>Die zweite Wahlperiode stand ganz im Banne des im Jahre 1996 erfolgten Bergschlags. Er wirkte durch die sich bei der Schadensregulierung ergebenden Probleme über Jahre nach. Die Gewährleistung der Langzeitsicherheit war – und ist es im Zusammenhang mit dem Dickstoffversatz wieder - Gegenstand intensivster parlamentarischer Aktivitäten. Zwei Schwelbrände im Bereich des Versatzes sorgten dafür, dass die Thematik nie völlig aus dem Blickfeld geriet.</p> <p>Diese beiden Brände sind gerade jenem Quäntchen Restrisiko zuzuordnen, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit gegen Null geht. Die furchtbaren Ereignisse in Japan bestärken mich auf grausame Weise darin, bei Risikofragen keinerlei Kompromisse einzugehen. Wie ich den Informationen von unseren Fachleuten, Frau Hunger, Herrn Dr. Köck und Herrn Lüderitz, entnehmen konnte, ist die Absicht, in ein bereits teilweise mit Wasser gefülltes Bergwerksfeld Schadstoffe einzulagern - unabhängig von der Technologie ein aberwitziger Gedanke. Gegen die trockene geordnete Einlagerung im zentralen Grubenteil ist wohl nach menschlichem Ermessen nichts einzuwenden. So weit ich das als völlig Fachfremder verstanden habe, ist die Frage einer dauerhaften sicheren Abschottung gegen das Grubenfeld Angersdorf noch ungelöst. So lange diese und weitere Fragen und Vorbehalte der BI nicht zufrieden stellend beantwortet sind, darf jedwedes Genehmigungsverfahren nicht zu einem Abschluss geführt werden.</p>



		<p>Unabhängig vom Ausgang der Wahl habe ich die feste Absicht, mir vor Ort selbst einen Eindruck zu verschaffen. Besonderen Stellenwert haben für mich die Meinungen der Menschen aus der jeweilig betroffenen Region. So weit mir bekannt ist, zeichnet sich Ihre BI durch eine außerordentliche Sachkompetenz aus, so dass ich gern ein gemeinsames Gespräch vereinbaren möchte...</p>
FDP	Veit Wolpert	<p>Zu 1) Die FDP steht seit jeher auf dem Standpunkt, dass bei derartigen Projekten Risiken für die Anwohner ausgeschlossen sein müssen. Dazu gibt es in der Bundesrepublik erprobte Verfahren, mit denen unter anderem genau solche Risiken bewertet werden. Dabei werden die Betroffenen und Fachleute gehört und auf die vorgebrachten Kritikpunkte wird eingegangen. Durch den Stopp des Genehmigungsverfahrens werden den Betroffenen genau diese Mitwirkungsrechte genommen. Auch der Antragsteller und die Arbeitnehmer wissen nun nicht, wie es weiter gehen wird. Dieses Genehmigungsverfahren ist rechtlich einwandfrei durchzuführen und das Projekt – gegebenenfalls unter Auflagen – zu genehmigen oder eben wegen zu hoher Risiken zu untersagen. In jedem Fall muss aber gerade unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Bevölkerung möglichst bald eine Lösung zur Verfüllung der Kavernen gefunden werden, um Gebirgsschläge zu verhindern. Durch die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens wird dies unverantwortlich verzögert.</p> <p>Zu 2) Um der FDP-Landtagsfraktion ein möglichst objektives Bild von dem Vorhaben in Teutschenthal zu vermitteln, hat sich deren umweltpolitischer Sprecher, Gerry Kley sowohl mit den Betreibern der Anlage getroffen, als auch ein fruchtbringendes Gespräch mit Prof. Moritz von der BI geführt. Rechtlich verhindert werden könnte das Vorhaben im Übrigen frühestens, wenn das Genehmigungsverfahren ordnungsgemäß zu Ende gebracht und es sich – etwa aufgrund der von der BI vorgetragenen Kritikpunkte –, als nicht genehmigungsfähig herausstellen würde.</p> <p>Zu 3) In jedem Fall ist bereits ein Imageschaden für Sachsen-Anhalt durch das gutsherrenähnliche Vorgehen der Landesregierung entstanden: Zunächst gibt Wirtschaftsminister Haseloff persönlich den Startschuss für die Versuchsanlage, um dann (nachdem er zum Spitzenkandidaten der CDU gekürt wurde), willkürlich die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens anzuweisen. So wurden aus wahltaktischen Gründen den Anwohnern, die ihnen zustehenden Mitwirkungsrechte entzogen, aber auch die Rechte der Antragsteller mit Füßen getreten. Das Vertrauen in die Ordnungsmäßigkeit der Genehmigungsverfahren in unserem Land wird so erschüttert.</p>
SPD	Jens Bullerjahn	<p>Zu 1) Ich nehme Ihre Bedenken sehr ernst, weise aber auch darauf hin, dass bestehende rechtskräftige Genehmigungen nicht ausgehebelt werden können. Ihnen liegt eine umfangreiche fachliche Prüfung zugrunde. Die</p>



		<p>Einlagerung von Versatzstoffen in ehemalige Gruben der Region Halle ist zwingend erforderlich, um Gebirgsschläge zu verhindern. Klar ist aber auch, dass von den Versatzstoffen keine Gefahren für die Menschen oder die Umwelt in der Region ausgehen dürfen. Dafür ist ein Langzeitsicherheitsnachweis zu führen.</p> <p>Zu 2) Wir haben uns bereits sehr frühzeitig vor Ort mit der Anlage vertraut gemacht. Mitglieder meiner Fraktion (Ralf Bergmann, Jürgen Barth) haben die Betreiber der Anlage bereits besucht. Für die SPD gilt: Für die Einlagerung von Stoffen in ehemalige Gruben müssen abfallrechtliche und bergrechtliche Genehmigungen erteilt werden. Diese unterliegen strengen Sicherheitskriterien, die einzuhalten sind und regelmäßig und unabhängig kontrolliert werden. Hinsichtlich des Transportes der Filteraschen setzen wir uns für die Etablierung eines Messnetzes ein, welches sicherstellt, dass keine transportbedingten Gefahren auftreten. Wenn Material aufgrund der Eigenschaften ungeeignet für die Verfüllung ist, muss anderweitig sichergestellt werden, dass Gebirgsschläge verhindert werden.</p> <p>Zu 3) Für die Region Halle darf und wird es keinen Imageverlust geben, da bei dem Versatz der ehemaligen Gruben keine Stoffe eingelagert werden, von denen eine Gefahr für die Region ausgeht.</p>
--	--	---